

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 26. Januar 1904.

№ 10.

Krankenkassen und Aerzte.

II.

Im vorhergehenden Artikel ist die Unklarheit über die Frage der freien Arztwahl, die Uneinigkeit in diesem Punkte unter den Beteiligten selbst und die Undurchführbarkeit dieser Forderung für jeden halbwegs größeren Ort ausführlich dargelegt. Als ganz gewichtiges Faktum wollen wir unseren Ausführungen über die zu einem wesentlichen Teile ablehnende Haltung der Aerzte in dieser Frage nur noch nachtragen, daß der ärztliche Bezirksverein Dresden-Sand sich dieser Tage der Eingabe an die sächsische Regierung, die freie Arztwahl den Krankenkassen zu „empfehlen“, nicht nur nicht angeschlossen hat, sondern mit großer Mehrheit eine Resolution annahm, welche die freie Arztwahl als weder im Interesse der Aerzte, noch im Interesse der Patienten und auch nicht in dem der Kassen gelegen bezeichnet. In der darauf bezughabenden Debatte wurde vielmehr ausgeführt, daß die Aerzte sich mit den Bestrebungen auf Einführung der freien Arztwahl auf schiefer Ebene befänden. Dieses vernichtende Urteil der nicht gerade kleinen ärztlichen Korporation in der sächsischen Hauptstadt mag für sich reden.

Welches ist nun die eigentliche Stellung der Aerzte den Krankenkassen gegenüber und wie begründen erstere ihre rein materiellen Forderungen an letztere? Die Herren Aerzte bezeichnen sich gern als geistige Lohnarbeiter, als Arbeitnehmer von den Arbeitern, denen sie die Stellung der Arbeitgeber vindizieren, welche mit ihrer Tätigkeit in den Krankenkassen in dieser Rolle aber kläglich Schiffbruch litten und zwar bei jeder Gelegenheit. Daß die wirklichen Unternehmer ein gar nicht so leicht wiegendes Wortlein in den Krankenkassenverwaltungen und in Krankenkassenangelegenheiten drein reden, daß speziell in den Fabrikkrankenkassen die Unternehmerherrschaft meist allein nur durch die Bestimmungen des Krankenkassengesetzes eingedämmt wird, übergehen die Aerzte mit offener Absichtlichkeit. Weit richtiger dürfte die Einschätzung der Aerzte als Kleingewerbetreibende sein, der schon genannte Dr. Zeppler bewertet in seiner Broschüre über die Lage der Aerzte und ihr Verhältnis zu den Krankenkassen die Stellung derselben ja auch solchermaßen. Wir wollen hier gar nicht lange untersuchen, ob nicht auch die Art des ärztlichen Kleinbetriebes, wie er heutzutage doch in dem Systeme des praktischen Arztes tatsächlich vorhanden und ausschlaggebend ist, nicht der Ablösung durch den klinischen und rationelleren Großbetrieb wert wäre, wir wollen uns vielmehr an das halten, was ist.

Und da muß man ja nun konstatieren, daß der Typus des Kleingewerbetreibenden mit allen seinen charakteristischen Eigenschaften, als da vornehmlich sind: Kleingewinn vor dem wirtschaftlichen Untergang, allgemeiner Notzorn über die Lage des ärztlichen Standes und herzhaftes Schimpfen auf die Arbeiterschaft bzw. die Krankenkassen und deren Leitungen, bei den Aerzten eine überraschend naturgetreue Kopie findet. Was den Kleingewerbetreibenden, dem Stande der Händler, die Konsum-

vereine, das sind den Aerzten die Krankenkassen; diese verschulden ihren wirtschaftlichen Niedergang und den schließlichen Ruin.

Haben nun die Krankenkassen dem ärztlichen Stande tatsächlich Schädigungen gebracht? Mit Nichten! Wohl schieben die Herren alle Schuld an ihrer vermeintlich sehr prekären Lage der Krankenversicherungsgesetzgebung zu; wenn diese nicht gekommen wäre, ja dann wären die Aerzte gemachte Leute. Diese Argumentierung ist sehr gebräuchlich, sie ist aber um so gefährlicher, als in diesem Falle mit direkt falschen Mitteln operiert wird. Die Schrittmacher unter den Aerzten behaupten in ihren Darlegungen und selbst in einer an den Bundesrat gerichteten Denkschrift, die unbefriedigende Lage der Aerzte sei durch die Handhabung des Krankenversicherungsgesetzes verschuldet. Berweisen wir einmal etwas bei dieser Behauptung und nehmen wir zu ihrer Prüfung die amtliche Statistik über die Krankenversicherung im Jahre 1900 zur Hilfe.

Wir wollen nochmals vorausschicken, daß sich die Zahl der Aerzte seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes bis jetzt um beinahe 100, die Bevölkerung Deutschlands seit dem Jahre 1883 aber nur um 33 Proz. vermehrt hat; dieses Moment bleibt bei der ganzen Aerztefrage zweifelsohne von großer Bedeutung. Die Reichsstatistik weist nun entgegen den Behauptungen der Aerzte nach, daß (es gilt dies für den Zeitraum von 1885 bis 1900) das ärztliche Honorar für die gleiche Leistung gestiegen ist; der Gesamtbetrag der Arztkosten habe sich in diesen 15 Jahren wie von 100 auf 379 gehoben. Die gesetzlichen Krankenkassen Deutschlands zahlten für ärztliche Behandlung im Jahre 1888 insgesamt 12 523 435 Mk. gleich 2,32 Mk., 1900 dagegen 34 331 368 Mk. gleich 3,60 Mk. für das Mitglied. Zusammenfassend würde sich aus der Reichsstatistik folgendes Bild ergeben:

	1885:	1900:
Aerzte insgesamt	15 764	27 374 = 74 Proz. mehr
Auf jeden Arzt entfielen durchschnittliche Einnahmen aus Krankenpraxis Mark	575	1254 = 118 Proz. mehr
auf die Zahl von	272,4	374,8 Kassenmitgl.
für welche d. Durchschnittshonorar pro Kopf und Jahr betrug Mk.	2,15	3,60
Auf jeden deutschen Arzt verblieb außer d. Kassenmitgliedern daneben die Privatpraxis unter	2670	1711 Einwohnern,
was einen Verlust von 36,6 Proz. an Klienten bedeutet.		

Hinter dieses Resultat müssen sich allerdings unsere gewerkschaftlichen Erfolge in Deutschland doch wohl ausnahmslos und weit verstecken!

Die Abnahme der Privatkundschaft infolge der Krankenkassengesetzgebung ist ein weiteres beliebtes Schlagwort der Aerzte. Aber bei näherer Betrachtung sieht es auch damit recht windig aus. Durch die Zunahme der Aerzte um 75 Proz. in dem Zeitraume von 1885 bis 1900 ging die Zahl der auf jeden Arzt kommenden Einwohner auf 2058 im Jahre 1900 herab, wovon 348 Mitglieder von Krankenkassen und 1710 Nichtmitglieder, im Jahre 1885 war das Verhältnis 272:2700. Die Privat-

praxis der Aerzte hatte also um 36,6 Proz. abgenommen, worunter aber nur eine Verminderung um 2,8 Proz. infolge weiterer Ausdehnung der Krankenversicherung, der enorme Zufluß zum Aerztestande verschuldet dieses Resultat dagegen zu 33,8 Proz.! Die amtliche Statistik sagt schließlich über die Bezahlung der Aerzte:

„In der Jahresreihe 1888 bis 1900 liegt ihr Minimum im Jahre 1888, ihr Maximum im Schlussjahre 1900, die dazwischen liegenden Relativzahlen zeigen ohne jeden Rückschlag von Jahr zu Jahr eine stetig fortschreitende Erhöhung. Dieses beweist, daß die materielle Lage des Aerztestandes, insoweit sie von den Zahlungen der reichsgesetzlichen Krankenkassen abhängt, sich sicherlich seit 1888, wahrscheinlich aber schon seit dem Inkrafttreten des Gesetzes von Jahr zu Jahr gebessert hat.“

Die Wortführer der Aerzte, welche diese Reichsstatistik ihres für die ärztlichen Forderungen nicht gerade vorteilhaften Ergebnisses wegen ignorieren und angeblich auf Grund eigener Erhebungen manövrieren, arbeiten mithin mit sehr gewagten Mitteln Es bleibt einmal die Tatsache bestehen, daß lediglich die unverhältnismäßige Zunahme der Aerzte in Deutschland die mehr oder weniger übertriebene Misere unter der Aerzteschaft verschuldet. Und worin sind die Ursachen des Ueberlaufens des ärztlichen Standes eigentlich zu suchen? Dr. Wagner spricht es ganz freimütig aus (wir in Nr. 140 v. J.), „daß der Arzt sich auch heute noch immer verhältnismäßig leicht und ohne Aufwand großer Kosten selbständig machen kann.“ Die Krankenkassen bilden eben den Stützpunkt dieser Spekulation, daran gibt es kein Deuteln und kein Drehen.

Es sind ja auch Stimmen aus Aerztekreisen laut geworden, welche bedeutend gerechter und den wirklichen Tatsachen entsprechender über die Krankenkassen urteilen. So sagte ein Dr. Jaffé: „Daß früher nicht die Hälfte der jetzt ärztlich behandelten Fälle in den Arbeiterfamilien zur ärztlichen Kognition (Untersuchung) kam, dürfte keinem Zweifel unterliegen.“ Professor Dr. Fleisch schreibt im „Ärztlichen Vereinsblatte“: „Ein sehr großer, nicht ein kleiner Teil der Versicherten, der früher außerstande war, den Arzt überhaupt zu bezahlen, bringt auf Grund der heutigen Gesetzgebung sogar recht erhebliche Summen für den Arzt auf.“ Und als dritten wollen wir noch Dr. Hanauer aus der „Ärztlichen Praxis“ zitieren (wir könnten dieser Stimmen noch mehrere veröffentlichen): „Ich hege die feste Ueberzeugung, daß die bei einer durchschnittlichen Bezahlung von 3 Mk. pro Kopf und Jahr immerhin nicht unbedeutenden Summen, die den Aerzten bezahlt werden, denselben ohne das Krankenversicherungsgesetz nicht zufließen würden. Die Arbeiter würden, wenn das letztere nicht bestände, es als Luxus betrachten, den Arzt zu konsultieren.“ Wir meinen, das sollte genügen, die Heißsporne unter den Aerzten etwas vorsichtiger in ihren Behauptungen zu machen.

Welcher Art sind nun die rein materiellen Forderungen zur Vinderung des ärztlichen „Notstandes“? Eine weitgehende Frage! Und das insofern, als je nach den örtlichen Verhältnissen und der Beeinflussung von

Leipzig aus die Forderungen sehr variieren; im allgemeinen ist jedoch das Bestreben zu konstatieren, die staatliche Minimaltaxe für Einzelleistungen zu erreichen oder ihr doch so nahe wie möglich zu kommen. In Leipzig z. B. beläuft sich die Mehrforderung der Ärzte auf 410 000 Mk. gleich 77 1/4 Proz. (die Kasse offerierte 140 000 Mk. gleich 500 Mk. Gehaltserhöhung für jeden Arzt, trotzdem durch die neue Krankenkassennovelle keine Mehrleistung für die Leipziger Ärzte eingetreten ist), in einigen Orten sollen sogar 100 Proz. gefordert sein, bei den meisten Kassen aber werden die Forderungen zwischen 30 bis 50 Proz. schwanken, ungerechnet natürlich der materiellen Wirkungen der eben. mitgeforderten freien Arztwahl. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen ja mit wahren Märchenaugen zu den organisierten Kleingewerbetreibenden — zu den Ärzten — hinaufschauen. Donnerwetter, das sind aber kouragierte Kerle! — „Aber was würden unsere Arbeitgeber zu solchen Forderungen sagen, wenn wir sie stellen würden“, hören wir im Geiste die Arbeiter fragen. Nun über die Wirkung von arbeiterseitig ebenso hoch gestellten Forderungen sind wir und die Arbeitererschaft wohl vollständig klar und jeder von uns kann sich den darauffolgenden Entrüstungs- und Wutschwafel der Unternehmerschaft mit Leichtigkeit vorzaubern. In diesem Falle aber hört man verhältnismäßig wenig Geschrei über die „unberechtigten“ und „maßlosen“ Forderungen der Ärzte von der Arbeitgeberseite herüber — ist man etwa selbst betroffen von dem Vorgehen der zum großen Teile versippten Ärztekategorie?

Wo hinaus die ärztlichen Honorarforderungen führen, können wir abermals an dem Leipziger Beispiele exemplifizieren. Gegenwärtig werden in Deutschland ungefähr 15 000 Ärzte für Krankenkassen tätig sein, diese selbst wiesen im Jahre 1901 9 600 000 Mitglieder auf. Da nun die Leipziger Ärzte mit ihren Forderungen auf einen Jahresdurchschnittssatz von 8 Mk. für den Versicherten hinaufgehen, so würde bei Uebertragung der hiesigen Verhältnisse ein Mindesteinkommen von 5160 Mark sich für jeden der 15 000 Kassenärzte ergeben. Erweitert man nun die Familienversicherung auf alle Kassen, so würde sich ein Personenkreis von 24 000 000 Menschen ergeben und im ganzen noch etwa 33 000 000 der Privatpraxis verbleiben. Für diese nun auch den Leipziger Kopfsatz von 8 Mk. angenommen, kämen auf jeden der etwa 30 000 Ärzte in Deutschland etwas mehr als 6000 Mk. für eine Tätigkeit, wie sie bei einer Kasse mit Familienversicherung jetzt üblich ist. Dr. Grimm bezeichnet in seiner Schrift „Mißstände der Ärzteversorgung“ nun eine Bezahlung von 6000 Mk. pro Jahr als der Minimaltaxe ziemlich nahekommend. Wie aber denken die Leipziger Ärzte bzw. deren Leitung — im einzelnen haben die Herren ja ihre besonderen Gedanken über den „ganzen Nummel“ — über ein in dieser Höhe fixiertes jährliches Einkommen? Das von der Ortskrankenkasse für das beabsichtigte Engagement von fest angestellten Ärzten ausgeworfene, garantierte Mindestgehalt von 6000 Mk. (ausschl. Privatpraxis) sei für Leipziger Verhältnisse mehr als dürftig!

Sollte man da doch nicht den Leipziger Führern und deren Gefolgschaft allen Ernstes zurufen, sie möchten die Kirche im Dorfe lassen? Was verlangen denn eigentlich die Herren? Was ein solches Einkommen besagen will, weiß doch jeder halbwegs vernünftige Mensch; ja Dr. Wagner behauptet sogar, „daß voll beschäftigte Ärzte, die nur Kassenpraxis treiben, aus dieser schon heute ein mindestens ebenso hohes Einkommen erzielen wie staatliche Beamte mit gleich teurer Ausbildung, also etwa Richter und Verwaltungsbeamte“. Würde man aber die nämlichen Klagen aus diesen Kreisen ernst nehmen? Und wie läßt sich ein Dr. Grotzahn in der „Medizinischen Reform“ über diesen 6000-Mark-Notstand aus: „Das sei einmal ganz ehrlich ausgesprochen: ein Notstand, der das Interesse der Öffentlichkeit und des gesamten Volkes be-

anspruch dürfte, besteht nicht. Und wenn einzelne standesbewußene Ärzte im Eifer des Gelechtes Notsignale ausstoßen, so ist das eben ein gelegentliches Bergreifen . . .“ Die Herren spielen übrigens tatsächlich mit dem Feuer. So stellte Dr. Grimm in seiner schon zitierten Abhandlung über die Mißstände der Ärzteversorgung fest, daß bei der (von ihm als hoch bezeichneten) Annahme eines Bedarfes von 5000 ausschließlich für Krankenkassenangehörige tätigen Ärzten, die ärztliche Versorgung nicht nur eine bessere als jetzt, sondern diese Anzahl von Ärzten (mit einem Einkommen von 6000 Mk.) auch für sämtliche jetzt bestehenden Krankenkassen ausreichen würde. Gegenwärtig aber gibt es 15 000 Kassenärzte in Deutschland!!

Ueber das Vorgehen der Ärzte wie über die gegen die Kassenleitungen erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen möchten wir noch einige Worte verlieren. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Initiative und das begonnene lebhaftere Taten der Ärzte nichts weiter sei als ein Spiegelbild des gewerkschaftlichen Kampfes. Mit Verlaub, es besteht da doch ein Unterschied. Den Arbeitern würde man erstens eine solche Bewegungsfreiheit nicht schlecht anstreichen; Grimmitzschau hat ja wieder Hände für diese Behauptung geliefert. Man denke auch an die vielen polizeilichen und gerichtlichen Scherereien wegen des Signals „Zugung fernhalten“, fällt einer Behörde aber ein, sich wegen des Cavete collegae zu rühren? Wir finden das übrigens ganz in der Ordnung, wollen damit aber nur die Unterschiede feststellen. Das ganze Auftreten und Vorgehen der Ärzte ist überhaupt ein so selbstbewußtes, rücksichtsloses und ihr Operieren in der Öffentlichkeit von einem solchen Raffinement (unterstützt natürlich von einer allzeit arbeiterfeindlichen Tagespresse), daß man — um mit einem Vergleiche zu reden — unsere braven Leipziger Gießkollegen mit dem Verhalten ihren störrischen Unternehmern gegenüber als unschuldsvolle Kindlein bezeichnen muß. Der Standpunkt der Ärztesführer ist eben der von uns bei jeder Gelegenheit schon immer bekämpfte: Alles oder nichts! Wenn weiter ein Ärzteorgan die Mahnung erlassen darf:

„Die Ärzte Sachsens sind sich samt und sonders der großen ersten Zeit bewußt. Keiner wird sich verleiten lassen, ehrlos den bedröhten Kollegen, denen ihre Einigkeit alles macht, in den Rücken zu fallen! Ein jeder halte aber auch nach außen die Augen offen und suche Ärzte, die aus Not, Unwissenheit oder gar aus unlauteren Beweggründen auf abschüssige Wege getrieben werden sollten, mit allen Mitteln von Leipzig fernzuhalten“,

so ist darin kein dolus eventualis, keine Nötigung zu erblicken, mit denen man Arbeitern gegenüber immer gleich bei der Hand ist. In Köln, wo der Kampf ja seit dem 1. Januar zum offenen Ausbruch gekommen ist und auf Seiten der Ärzte verschiedene Kontraktbrüche — ein von den Leitungen der Gewerkschaften von jener scharf bekämpfter Verschulden (man lese auch die Note 192 in unserm Tarifkommentare darüber) — zu verzeichnen sind, wird tatsächlich mit den von der Leipziger Zeitung empfohlenen „allen Mitteln“ gearbeitet. Wir haben die Kölner Krankenkassenversammlungen immer genau verfolgt und gesehen, daß in denselben mehr Unternehmer das Wort ergriffen als Arbeiter. Die Ärzte haben dort Beschwerden über die jegliche unzureichende Behandlung der Kranken zustande gebracht, welche selbst von den Vertretern der Aufsichtsbehörden als gemacht bezeichnet wurden; die hinzugezogenen Ärzte sind in den Hotels nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, die Wohnungen sind ihnen abgetrieben und noch andere Schikanen denselben bereitet worden. Den von dem Kassenverband gemachten Vorschlag eines achtstägigen Waffenstillstandes zum Zwecke der Herbeiführung einer Verständigung haben die Ärzte glatt abgelehnt; sofort bewilligen war ihr Geheiß. Das verunglückte Wahlmanöver bei den Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Oldenburg (Stadt) haben wir schon mitgeteilt. In Grimmitzschau mit seiner kämpfenden und notleidenden Textilarbeiter-schaft war ebenfalls ein Ärztestreik ausgebrochen

wegen Honorarforderungen. Schließlich einigten sich die Kassen mit den dortigen Ärzten, aber der ärztliche Bezirksverein Zwickau verweigerte seine Zustimmung zu den neuen Verträgen. Der Stadtrat als Aufsichtsbehörde griff dann zu gunsten der Ärzte ein und die Geschichte war damit erledigt. Abgesehen von diesem Grimmitzschauer Falle ist jedoch die Haltung der unter Umständen zu einem Eingreifen verpflichteten Aufsichtsbehörden eine durchaus neutrale, namentlich die Behörden in Köln und Leipzig zeigten bis jetzt diese anerkanntswerte Objektivität. Natürlich ist das kein kleiner Nummer für die Leiter der Ärztebewegung, sie haben sich in dieser Beziehung eben gehörig verspekuliert. Einzelne Behörden verhalten sich sogar ziemlich schroff zu den ärztlichen Forderungen, so hat die Eisenbahndirektion Esberfeld für ihre Betriebskrankenkasse sämtliche Forderungen der Ärzte rundweg abgelehnt und allen Bahnärzten ihres Rayons gekündigt.

Wie alle Kleingewerbetreibenden Krebsen auch die Ärzte mit dem sozialdemokratischen Schreckgespenst. Da wird gegen die „sozialdemokratischen Kassenvorstände“ (in Leipzig ist ein Kgl. Kommerzienrat Kassenvorsitzender und in Köln nahmen in den Versammlungen die hervorragendsten Industriellen gegen die Forderungen der Ärzte Stellung!) mit schwerstem Geschloß gedonnert, über den „Unternehmerrübermut“, den „Terrorismus“, die „Ausbeutungswut“, die „Allgewalt“ der bösen Kassenvorstände gezetert, welche die armen Ärzte auf das Niveau eines Lohnslaven oder eines Dienstmannes herabdrücken wollen. Die Ironie des Schicksals will es aber, daß unter den Befechtern der ärztlichen Forderungen sich gar nicht so wenige sozialdemokratisch gesinnte Ärzte befinden, deren Mitwirkung und eifrige Kampflust sich die Ärztesleitungen recht gern gefallen lassen. Die Herren verfallen also von einem Trugschlusse in den andern. Wo ihre Klagen über diktatorisches und verlegendes Auftreten von Kassenrendanten berechtigt, wie in dem Falle Weinbladt-Magdeburg (dessen Absetzung sogar verlangt worden ist), da sollen und müssen die Ärzte Gehör und Schutz bei den Kassenleitungen finden; im übrigen aber möchten sich dieselben doch einer größern Mäßigung befleißigen, denn oftmals ist ein Gewehr auch schon nach hinten los gegangen.

Zum Schluß noch zu der Frage: Sind die hinzugezogenen Ärzte Streikbrecher im landläufigen Sinne? Mag man nun die Ärzte als Arbeitnehmer der Kassen oder — wie wir — als selbständige Gewerbetreibende betrachten, für uns sind arbeitswillige Ärzte nichts andres als Streikbrecher! Wir haben in ausführlicher Darstellung unsern Standpunkt dargelegt, er ist so entgegenkommend wie möglich, aber auch objektiv beurteilend bezüglich des Maßes des Geforderten, wenn es aber bedauerlicherweise auf der ganzen Linie zum offenen Kampfe kommen sollte — wir hätten für die herbeieilenden Ärzte weder vom moralischen Standpunkte aus, noch hinsichtlich ihrer fachlichen Befähigung etwas übrig und das zwar auf Grund unserer gewerkschaftlichen Taktik und unserer gewerkschaftlichen Erfahrungen. Wenn Kautsky in der „Neuen Zeit“ meint und die Parteipresse es ihm nachdruckt, das Wort vom Streikbrecher erscheine hier völlig unangebracht, so fragen wir bloß, wie würden diese Kreise über die bei einem Journalistenkonflikte an einem Parteiblatt etwa einspringenden Ersatzkräfte denken und urteilen? —

Wir sind am Ende unserer Ausführungen über das aktuelle Thema „Krankenkassen und Ärzte“. Weil viele unserer Kollegen in den Kassenvorständen tätig sind, überhaupt die Kollegenschaft lebhaft interessiert ist an Stand und Gang des Ärztestreites, hielten wir eine ausführliche und sachliche Darlegung für geboten, in Zukunft werden wir uns aber auf die notwendigsten Notizen beschränken. Mögen unsere Leser aus unseren Artikeln sich ein klares Bild machen und ihre Stellung nach Möglichkeit danach einrichten, d. h. den Ärzten bezüglich ihrer Honorarforderungen weitest Entgegenkommen zeigen, denn dieselben haben ja auch durch

das umfangreiche statistische Schreibwerk gegen früher eine größere Arbeitslast zu bewältigen und mögen sie stets für eine billige Vertändigung bemüht sein. Nicht zuletzt aber wollen unsere Leser entsprechende Vergleiche zwischen der gewerkschaftlichen Vertretung von wirtschaftlichen Forderungen und der unbeantstandenen Kampfstaktik der Ärzte ziehen, die jetzt von Leipzig aus den Schreckfuß in die Welt knallen, daß zwei Millionen Mark ihnen zur Verfügung gestellt seien aus finanziellen Kreisen, deren Opferfreudigkeit für die Unternehmerschaft in Crimmitzschau sich bekanntlich aber sehr schwer erschlossen hat. Wie ein jeder Konflikt auf ökonomischem Gebiete, so wird auch der Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen in den Jahren 1903/04 heilsame Lehren und unerbittliche Konsequenzen zeitigen und wenn wir einst von einem gewerkschaftlichen Radikalismus der Ärzte schreiben, der eine Neigung ins Uferlose zu gehen zeige, so haben wir wohl jetzt den Beweis für die damaligen Behauptungen erbracht.

Korrespondenzen.

T. Detmold. Am 9. Januar fand die diesjährige Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins statt, welche ziemlich zahlreich besucht war. Aus dem Jahresberichte, welcher vom Vorsitzenden A. Otte erstattet wurde, sei folgendes erwähnenswert: Das vergangene Vereinsjahr war ein recht stilles und brachte wenig Bewegung in das Vereinsleben. Der Mitgliederstand betrug am Anfange des Jahres 38, am Schlusse desselben 31; der Rückgang ist hauptsächlich auf die Aufstellung einer dritten Seznamaschine (Sinothpe) zurückzuführen. Nichtmitglieder konditionieren in den kleineren Druckereien 4, die trotz langjähriger Bemühens, aus ihrer Vergessung zu erwecken, nicht zu bewegen sind, Mitglieder des Verbandes zu werden. Der Versammlungsbesuch kann als ein mittelmäßiger bezeichnet und wird hoffentlich im laufenden Geschäftsjahre ein besserer werden, damit auch die Mühe und Arbeit des Vorstandes belohnt ist. Die Ortskassette zahlte an Watikum 59,30 Mk. und schloß mit einem Defizit von 3,75 Mk. ab. Um den Bestand der Ortskasse zu heben, wurde beschloffen, vom 1. April bis 1. Oktober nur den nichtbezugberechtigten und ausgefertigten reisenden Kollegen Unterstützung zu zahlen. Die am Anfange des Jahres geplante Gründung eines technischen Klubs scheiterte leider an der Interesslosigkeit der Mitglieder. Als ein einschneidender Beschluß kann das „Corr.“-Obligatorium hervorgehoben werden, welches für jedes Mitglied ein Exemplar vorsieht. Die Bibliothek, welche durch die Anschaffung der Buchdrucker-Unterrichtsbücher eine fachtechnische Bereicherung erfahren wird, wurde wenig benutzt. Wenn wir auch nur einen kurzen Bericht gegeben haben, so müge der nächstjährige noch günstiger sein dadurch, daß sich auch die übrigen Nichtmitglieder der Organisation angeschlossen haben.

g. Hagen i. W. Am 3. Januar fand eine Versammlung der am hiesigen Plage beschäftigten Maschinenmeister befristeter Gründung einer Maschinenmeistervereinigung statt. Kollege Frey aus Gelfentirchen führte den Anwesenden in kurzen Zügen die Zwecke und Ziele einer Vereinigung vor Augen. An der Hand eines reichen statistischen Materials wies derselbe auf die vielen Uebelstunden, das Bedienen mehrerer Maschinen, die hohe Sechslingszahl und die große Arbeitslosigkeit unter den Kollegen hin. Besonders erklärte Redner den Kollegen die sich in den Vereinen bietende Gelegenheit zur weiteren technischen Ausbildung. In der nun folgenden Aussprache erklärten sich sämtliche Kollegen für die Gründung einer Vereinigung und wurden die Kollegen Otto Boesenberg zum Vorsitzenden, Wilhelm Burgardt zum Kassierer und Paul Wende zum Schriftführer gewählt. Mit einem Hoch auf den neugegründeten Verein und den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

R. Heidelberg. (Jahresbericht des Maschinenmeister-Klubs.) Von 23 am Orte beschäftigten Maschinenmeistern bzw. Schweizergebern sind nur 2 keine Verbandmitglieder. Die tariflichen Verhältnisse unter unseren Mitgliedern sind als gute zu bezeichnen. Unser Hauptziel, das Einmachensystem, kennen wir hier nur dem Namen nach. In fachlichen Kursen fanden bzw. finden statt: Ein Zornplattenschneidkursus unter Kollegen Richard Weißbach-Karlbrunne und ein praktischer Kursus über die gesamte Farbenlehre, Farbenharmonie und Farbenmischen unter Kollegen Max Müblius-Heidelberg. Beiden Lehrern herzlichen Dank auch an dieser Stelle. Ueber sämtliche technische Neuheiten fanden teils praktische Vorführungen, teils Vorlesungen aus unseren Zeitschriften statt. Die sich anschließenden Diskussionen waren für unsere Mitglieder von hohem Werte und hoffen wir, daß es dem Gesamtvorstande auch im neuen Jahre gelingen möge, den Klub zu einer wahren Pflanzstätte sachlichen Wissens und Könnens zu machen. (Neuwahl siehe unter Verbandsnachrichten.)

Mühlheim (Ruhr). Das vergangene Vereinsjahr gestaltete sich gegenüber den früheren etwas günstiger; gab doch der Aufruf des Tarif-Amtes im März v. J. Gelegenheit, endlich den bestehenden Tarif auch hier zur Ein-

führung zu bringen. Leider können sich die Herren Krümpale nicht dazu bequemem, ihn voll und ganz einzuhalten und wird seitens der hiesigen Kollegenschaft noch manches ernste Wort gesprochen werden müssen. Dieses kann aber nur geschehen, wenn die Mitglieder etwas mehr Interesse an der guten Sache zeigen wollten. Waren doch die Versammlungen im vorigen Jahre sehr schlecht besucht. Daß unseren 33 Mitgliedern 32 Nichtmitglieder gegenüberstehen, ist auch gerade kein günstiges Zeichen und wird auch in nächster Zeit keine Besserung in dieser Beziehung eintreten, obwohl hier eine rege Agitation herrscht. Den höchsten Mitgliederstand hatten wir im Juli v. J. mit 37, zu Anfang des Jahres 18; wir sind also ein gutes Stück weiter gekommen. Auch unter den vielen Gastrollen, die hier gegeben werden, hat unser Ortsverein sehr zu leiden. Leider hat der Tod auch in unserm Ortsvereine Einkehr gehalten und den Kollegen Sandmeister aus unseren Reihen gerissen. Das „Corr.“-Obligatorium ist 1 zu 2. In der am 9. Januar abgehaltenen Jahresversammlung war auch der Gauvorsitzer Graßmann anwesend und verschönerte derselbe durch einen kleinen Vortrag die Versammlung, wofür wir ihm auch an dieser Stelle unseren Dank aussprechen. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung und trat hierauf die Fiskelitas in ihre Rechte.

Wünnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 10. Januar abgehaltenen Monatsversammlung wurde das Andenken der kürzlich verstorbenen Kollegen Ludwig Ertl und Aug. Wiedemann in der üblichen Weise gelehrt. Nach Erledigung von Ansuchen und Besamtaufgabe geschäftlicher Mitteilungen setzte man die in letzter Versammlung nicht zu Ende geführte Beratung über den Antrag fort: den Gau- und Ortsvorsitzendenposten zu vereinigen und hierfür einen besoldeten Vorsitzenden anzustellen. War bereits in der letzten Versammlung eine äußerst sachlich geführte Diskussion zu konstatieren, so gilt das gleiche auch für diesmal. Die Arbeitsüberlastung im Vereinsbüro sowie bei den beiden Vorsitzenden wurde von allen Rednern anerkannt und auch der vorliegende Antrag mit wenigen Ausnahmen als das beste Mittel zur Befreiung der derzeitigen Verhältnisse befunden. Vereinzelt wurden anderweitige Vorschläge gemacht. So hielt ein Kollege die Schaffung dieses Postens nicht für unbedingt nötig und glaubte, daß der seitherige Zustand sich am besten durch Anstellung einer weiteren Hilfskraft resp. eines Sekretärs ausgleichen lasse. Eine Ansicht, die sofort widerlegt wurde, denn mit der Durchführung dieses Vorschlages würden die Vorsitzenden in keiner Weise entlastet und auch für die Verwaltung wäre die Anstellung einer weiteren Hilfskraft lediglich ein Palliativmittel, das kaum für die nächste Zeit den gewünschten Erfolg hätte. Ebenso wenig konnte aber auch eine Anregung, den Gau Bayern zu teilen, Anklang finden, denn in einer Zeit, in der man allerorts bebt, keine Korporationen in große Verbände zusammenzuschließen, werde man auch in unser Organisation kaum daran denken, sich durch Teilung in kleinere Gruppen zu schwächen. Nachdem der Antrag gründlich durchdiskutiert und die Angelegenheit in erschöpfender Weise behandelt war, konnte zur Abstimmung geschritten werden und nahm die Versammlung mit allen gegen eine Stimme den Antrag des Gau- und Orts-Ausschusses an. — Weiter wurde beschloffen, diesen Antrag beim nächsten Gausutage zu befürworten.

Duedlinburg. In der am 9. Januar abgehaltenen Monatsversammlung stellte sich unser neuer Gauvorsitzer Hallupp-Halle den hiesigen Kollegen vor, indem er gleichzeitig ein Referat über: „Zweck und Ziel des Verbandes“ erstattete. Reicher Beifall zeugte davon, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren und wurde der Wunsch geäußert, daß die Provinzkollegen öfters durch derartige Vorträge aufgeklärt werden möchten. Im Verlaufe der weiteren Versammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Mitgliederstand betrug Anfang des Jahres 26 und am Ende 33. Unter Tariflidern sei erwähnt, daß es im Laufe des Jahres gelang, drei Druckereien zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen und ist dies hauptsächlich dem Vorgehen der Firma G. Klöppel zu verdanken, die auch in anerkanntester Weise alle Druckfachen des Ortsvereins kostenlos herstellte. Auch die Seznamaschine hat im vergangenen Jahre ihren Einzug hier gehalten und einige konditionslose Kollegen zeugten von ihrer Wirksamkeit. Die fleißige Benutzung der im letzten Jahre gegründeten Bibliothek zeigt deren Notwendigkeit und Nutzen an. Der „Corr.“ ist obligatorisch eingeführt, jedes Mitglied ein Exemplar. Um die Einigkeit der Arbeiter zu fördern, besteht am hiesigen Orte auch eine Gruppe der graphischen Berufe (Gips-Druckereianer) und zwei Gutenberg-Bündler geben Anzeichen, daß auch diese Vereinigung noch ihr Dasein fristet. Wann werden diese Kollegen ihre unmißg Sonderbücherei einsehen?

-e. Reichenbach i. Schl. Unsere beiden Artikel in Nr. 99 und 145 des „Corr.“, gerichtet gegen die uns schon so oft vorgestunckerte Tariftreue der Gutenbergs-Bündler im Bundesstreife Schweidnitz, haben die Bündler mobil gemacht. Nicht etwa, daß sie sich endlich zur Einführung des Tarifes „hinreißen“ ließen, denn dazu sind sie zu „forsch“, sondern insofern, daß sie mit der ihnen angeborenen „Energie“ verjuden, die Verbandsmittglieder als gleichwertige Tarifbündler hinzustellen und da ihnen das nicht gelingen will, so schimpfen sie eben nach Herzenslust und führen früh here tarifswidrig Zustände mit Vorliebe an, die eben eine Handvoll Verbändler schon längst zu besitzigen imstande war. Nun sollte man meinen, daß

dies auf die Herren Bündler vorbildlich wirken müßte; wer dies glaubt, irrt sich aber gewaltig. In Nr. 2 des „Typograph“ tritt ein Herr Arthur Maiborn in Schweidnitz ans Tageslicht. Er versteht die den dortigen Bündlern eigne Geschäftslobbudelei aus dem ff, indem er die Nichtannahme der Lehrlingskassa verteidigt und die sogenannte ewige Kondition als nur für die ausgelernten Kollegen nicht befriedigend. Das ist brav von Ihrem Herrn Chef, daß er sich den Kettern in der Not erkenntlich zeigt, so lange diesen das Wort „Tarif“ nicht ihren Lippen entschlüpft und davor ist er ja sicher. Das hat ihn wohl auch dazu bewogen, die Tarifbeschwerde aus seinem Personale zu entnehmen, die nun auch — gleich den Handsehern — durch nichttarifmäßige Arbeitszeit das Heer der Konditionslosen zu vergrößern suchen. Stimmt das nicht, Herr Maiborn? Nun erzählt uns Herr M. ein Verkommnis, das beweisen soll, daß alle Verbandsmittglieder gleich ihm zu nichttarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Er schreibt im „Typ.“: „Zum Schluß noch ein kleines Geschichtnis aus unserer Schweidnitzer „Domäne“. Soll da vor einigen Wochen ein Seher eingestellt werden und zwar auf Wunsch der Geschäftsleitung ein Bündler. (Das ist selbstverständlich. D. B.) Aber alles Nachfragen nach einem solchen ist fruchtlos. Waren denn keine Arbeitslosen vorhanden? Halt, nun hab' ich's. Selbstverständlich mochte kein Bündler hier anfangen, denn die Druckerei ist doch nicht tariffrei. Und so galstert denn jetzt ein Verbändler ganz zufrieden hier. . . .“ Das ist ja schrecklich! Daß die nichtregistrierenden Bündler nicht anfangen mochten, glauben wir gern; wäre nur einer auf Lager gewesen, er hätte sicherlich die Kondition in der tarifuntreuen Druckerei angenommen mit dem Bewußtsein, daß doch seine sämtlichen Bundeskollegen im Kreise Schweidnitz — und das wollen wir besonders betonen — in nichttarifreuen Geschäften stehen. Im übrigen sind wir Herrn M. dankbar für sein offenes Geständnis, daß in dieser Domäne, in der auch der Herr Kreisvorsitzende Seberin „schafft“, die Arbeitszeit keine tarifmäßige sei und daß die Lehrlingskassa überschritten werde. Das ist doch etwas ganz anders als die Feststellung des Herrn Kreisvorsitzenden S., der in den Kreisversammlungen usw. stets konstatiert, daß der Tarif in allen für Bündler in Betracht kommenden Geschäften eingeführt sei und es nur an der schriftlichen Anerkennung fehle. Wer lügt also? Vielleicht geben Sie uns, Herr M., Auskunft über die Tarifverhältnisse aus den übrigen Bundesdruckereien des Kreises, die dann hoffentlich mit unseren früheren Angaben übereinstimmen. — In Nr. 3 des „Corr.“ finden wir eine Berichtigung des Herrn C. Albrecht in Schweidnitz, welcher behauptet, die die Buchdruckerei als Neben- zweig betreibende lithographische Anstalt von G. Reisse halte den Tarif inne. Wir wollen für heute konstatieren, daß diese Druckerei im Tarifverzeichnis nicht zu finden ist, der Besitzer ein großer Verbandsfeind ist und Verbändler — vielleicht aus naheliegenden Gründen — überhaupt nicht beschäftigt. Warum beschäftigt er nun Bündler und M.-B., wenn er den Tarif bezahlt und wenn Tarifkonflikte bei ihm noch nicht vorgekommen sind? Der Verfasser dieser Berichtigung ist uns nicht unbekannt und müßten wir zur Charakteristik desselben noch folgendes anführen. Unter den Anträgen zur Generalversammlung des Gutenberg-Bundes befand sich auch der Antrag, die Aufnahme der Kollegen in den Bund von einer tarifmäßigen Kondition abhängig zu machen. Das paßte den Schweidnitzer Bündlern, ihnen voran dem Einsender obiger Berichtigung, Herrn Albrecht, nicht in den Kram und in zwei Artikeln im „Typ.“ wehrte sich A. gegen die etwaige Annahme dieses Antrages mit der Motivierung — man höre und staune —: weber der Verband noch das Tarif-Amt werde den Gutenberg-Bund als Mitkontrahenten ansehen, auch wenn dieser Antrag zur Annahme käme und alle Gutenberg-Bündler in Tarifdruckereien ständen. Man sieht daraus, daß Herr A. um eine Ausrede nicht verlegen ist. Sie hätten, Herr A., bei Annahme dieses Antrages wie alle Ihre Bundesgenossen bei Ihren „geehrten Herren Chefs“ um Anerkennung des Tarifes vorstellig werden müssen und das wäre peinlich gewesen. Das war, lieber Freund, der Grund, weshalb Sie sich gegen die Annahme des Antrages sträubten, nicht der von ihnen angeführte. Die Leser des „Corr.“ wollen die Berichtigung des Herrn A. danach bewerten. Bis heute haben die Mitglieder des annähernd zehn Jahre bestehenden Bundesstreife Schweidnitz noch keinen Beweis geliefert, daß es ihnen mit der Einführung des Tarifes ernst sei, keine der Bundesdruckereien ist im Tarifverzeichnis zu finden, aber trotzdem „Vorwärts immer, stillstehen nimmer!“ ist die Devise dieses „rübrigen“ Kreisvereins des Gutenberg-Bundes! — Als Kuriosum wollen wir noch vom Orte anführen, daß der Buchdruckereibesitzer Samel, welcher bei einem Gehilfen drei bis vier und mehr Sechslinge beschäftigt, zugleich eine Weinhandlung mit „secher“ Damenbedienung betreibt. Ob das Halten von Lehrlingen in einem solchen „gemischten“ Betriebe nach der Gewerbeordnung zulässig ist, möchten wir bezweifeln.

J. K. Stettin. (Ein Johannisfest der Bezirke Stettin-Stadt, Stettin-Land und Stralsund.) Bereits wird jetzt schon in den Versammlungen einzelner Ortsvereine und Mitgliedschaften die Johannisfestfrage aufgerollt. Da nun die Arrangierung der Feier des Johannisfestes den Herren Ortsvorständen immer viel Mühe und Verdrüß bereitet, so dürfte eine Anregung zu der Frage: „Wo und wie feiern wir im kommenden Sommer unser Johannisfest?“ vielleicht von diesen ge-

qualitäten Vorständen dankbar aufgenommen werden. Wenn ich nun der gemeinsamen Feier des Johannisfestes der oben angeführten drei Bezirke das Wort rede, so beabsichtige ich das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, wie ich nachstehend zu beweisen mich bemühen werde. — Jede Verbandsmitgliedschaft, und mag sie noch so klein sein, begehrt alle Jahre so um den Johannisstag herum ihre Johannisfeier in Gestalt einer kleineren oder größeren Feierlichkeit. Diese Feierlichkeiten erfordern in der Regel kleinere oder größere finanzielle Opfer, die aber meist aus der Orts- oder Bezirkskasse genommen werden. Nun bin ich der Meinung, wenn diese Gelder dazu Verwendung finden würden, den Mitgliedern einen Zuschuß zu den Fahrtkosten nach irgend einem günstigen Orte zu geben, daß sie dann besser angewendet wären. Ein gemeinschaftliches Johannisfest in Passau würde ohne große Schwierigkeiten und ohne große Geldkosten veranstaltet werden können. Das Mitglied in den kleineren Orten sieht sich auch einmal mit einer größeren Zahl von Kollegen aus der großen Stadt zusammen zu sein, um mit diesen seine Gedanken auszutauschen. Durch das Zusammenkommen kleinerer und größerer Mitgliedschaften wird unter diesen ein freundschaftliches Verhältnis herbeigeführt, das für beide Teile fruchtbringend sein dürfte. Wenn es uns gelingt, unsern Kollegen Mehlfässer als Festredner für diesen Tag zu gewinnen, dann dürfte dieser Tag für sämtliche Teilnehmer ein angenehmer und nützlicher sein. Es ist ja gerade den Provinzleren so selten die Gelegenheit geboten, unsern geistigen Leiter zu hören und gewiß würde sich keiner die Gelegenheit nehmen lassen, einmal denjenigen zu sehen und sprechen zu hören, dem der Verband seine beste Waffe, und das ist der „Corr.“, vertrauensvoll übergeben hat. Die Arrangements denke ich mir so: Am Vormittag zwangloses Zusammensein, gewürzt durch einige Liedervorträge der Stettiner Typographia und anderer Gesangsvereine. Sodann mittags 12 Uhr Begrüßung und Festrede, danach gemeinschaftliches Essen und nachmittags Konzert und gemütliches kollegiales Zusammensein. Allerdings dürfen wir an diesem Tage Gamberinus nicht zu sehr hulbigen. Was nun die Entfernung der einzelnen in Betracht kommenden Orte anlangt, so ist diese vom Festorte eine nicht zu große, nach etwa 1 1/2 stündiger Fahrt dürften die am entferntest wohnenden Teilnehmer in Passau anlangen. Das Fahrgeld macht für den entferntest liegenden Ort nicht über 3 Mk. (III. Klasse Rückfahrkarte). Wenn man in Betracht zieht, was für Riesensummen öfters ausgegeben werden für Festlichkeiten, ohne dabei den gewollten Zweck zu erreichen, so dürfte in Anbetracht der Erfolge, die wir haben können, diese gemeinschaftliche Feier an dem finanziellen Standpunkte nicht scheitern. Zudem ich hoffe, daß die einzelnen in Betracht kommenden Mitgliedschaften der Frage wohlwollend näher treten, möchte ich auch noch anderen größeren Mitgliedschaften den Rat erteilen, das Johannisfest in Gemeinschaft mit den Provinzkollegen zu feiern. Durch derartige echt kollegialische Feierlichkeiten wird das Brüderband, das uns umschlingt, immer fester geknüpft, der Provinzkollege sieht, daß der Kollege in der Großstadt seine Interessen mit vertritt und daß er in der Tat auch mit zu der großen Verbandsfamilie gehört. Wenn der Provinzler sich auf den Großstädter und dieser wieder auf den Provinzler verlassen kann, dann gelingt es uns, auf unserm Wege erfolgreich vorwärts zu schreiten. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und in Gefahr!

D. Stuttgart. Nach dreimonatlicher Pause wurde am 16. Januar wieder eine Mitgliedschaftsversammlung in Gewerkschaftshäusern abgehalten, in welcher der Vorsitzende Floß der Leipziger Schriftgelehrerzeit bebandelte. Weiter wurden die tariflichen Verhältnisse von verschiedenen Druckorten des Schwabenlandes mitgeteilt, welche meist sehr betrübende sind in bezug auf Lehrlingszuchterei; über die Verhältnisse am Orte wurde u. a. mitgeteilt, daß das Personal der Deutschen Verlagsanstalt sich wegen der Behandlung seitens des Faktors an die Direktion wandte, welche eine Besserung versprach. Anschließend hieran wurde vom Kollegen Hoyer ein kurzer Gewerkschaftsbericht gegeben. Die Remuneration an die Druckereikassierer wurde in gleicher Höhe wie im Vorjahre (1 Proz.) beschlossen. Hierauf erstattete Kollege Bonz ein ausführliches Referat über die Verhältnisse der hiesigen Ortskrankenkasse, an welchem sich eine lebhafteste Diskussion über die von der königlichen Stadtdirektion angeordnete Einführung der XII. Klasse anknüpfte. Außerdem kam die eigenartige Besetzung der dort offenen Stellen zur Sprache und wurde gewünscht, daß für die Zukunft sämtliche offenen Stellen zur Bewerbung ausgeschrieben und nicht unter der Hand besetzt werden sollen. Das diesjährige Johannisfest soll durch die Mitgliedschaft arrangiert werden. Zum Schluß wurde noch gewünscht, daß in nächster Zeit wieder ein Vortrag auf die Tagesordnung gesetzt werden möge. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Stuttgart. Der hiesige Maschinenseherverein beschäftigte sich in seiner am 10. Januar abgehaltenen Versammlung u. a. auch mit der in Nr. 2 des „Corr.“ enthaltenen Notiz über die mit Recht als empörend bezeichnete Handlungsweise eines Maschinensehers namens Ewald Ritter. Leider können aber die in der genannten Notiz gegebenen Ratsschläge nicht befolgt werden, indem trotz eifriger Suchens weder ein Maschinenseher noch überhaupt ein Buchdrucker zu finden ist, der den Namen Ewald Ritter oder R. C. Wald trägt. (Letzterer Name stand unter einem im „Archiv für Buchgewerbe“ erschie-

nenen Artikel über Sechsmaschinen, welcher den 16-Tausend-seher zum Verfasser haben dürfte.) Um Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen, wäre es das Einfachste, wenn die Firma, welche das Zeugnis ausgestellt hat, mit dem der „Kollege“ seinen Unflug treibt, den Namen nennen würde, da ja auch die Prinzipalszeitung ihrer Entrüstung über eine solche Handlungsweise Ausdruck verleiht und vor weiteren Artiteln eines solchen Herrn warnt.

Wolfsbüttel. Aus dem in der Jahresversammlung am 16. Januar erstatteten Jahresberichte ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 27 und am Ende 23 betrug. Die tariflichen Verhältnisse sind gute; am Orte bestehen nur 5 Druckereien. Die Kaszenverhältnisse sind gute. Auf den „Corr.“ sind die Mitglieder mit 15 Exemplaren abonniert, auch liegt derselbe auf dem Verkehe aus. Das Vereinsleben war ein sehr reges und geselliges. Den Vorstand bilden die Kollegen: Hermann Nitzsche, Alterweg 6a, Vorsitzender; Hermann Wolters, Karlsstraße 6, Kassierer; Wilhelm Schaper und Ernst Bock, Schriftführer.

Rundschau.

Die von der Schudertgesellschaft hergestellte Sechsmaschine Elektro-Typograph wird demnächst beim „Fränkischen Kurier“ in Nürnberg in Betrieb gesetzt werden. Die stündliche Leistung wird auf 5500 Buchstaben angegeben. Wir sind auf die wirklich erzielten Resultate und die sonstigen mit diesem neuen Typ von Sechsmaschine zu machenden Erfahrungen gespannt.

Ein Fall seltener Unehrlichkeit. Der Schriftseher Max Niesel aus Leipzig, faun aus dem Gefängnis entlassen, in welchem er vier Monate wegen Diebstahls gesessen, hat in der Zeit vom 18. Juli 1901 bis dahin 1902 in drei Fällen und zwar in den Buchdruckereien von Schaaß in Fiedrichsheim, Georg Heydt Nachf. in Hanau und bei Stadler in Ahweiler Schriftmaterial gestohlen. Der Wert beziffert sich insgesamt auf etwa 4000 Mk. Nicht allein Schriftmaterial stahl aber Niesel, er entwendete auch ganze Sätze, Klischees usw. Das Schriftmaterial hat einen Wert von 1,10 Mk. pro Pfund und der Dieb soll das Pfund für 80 Pf. verkauft haben. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren, doch ließ der Gerichtshof nochmals Milde walten und verurteilte Niesel wegen Diebstahls in wiederholtem Mafsstabe in drei Fällen und wegen des großen Vertrauensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren. Wegen die Abnehmer des Schriftmaterials usw., zwei auswärtige Buchdruckereibesitzer, ist Strafantrag wegen Fehlerei eingeleitet. Wenn wir nicht schwarz auf weiß den Prozeßbericht vor uns hätten, würden wir diesen Massenraub und die von Buchdruckunternehmern mit begangene Fehlerei einfach für unmöglich halten.

Gegen die Zuständigkeit der bayerischen Schwurgerichte in Preßprozessen machen dann und wann dortige Staatsanwälte einen Angriff. Jetzt ist wieder ein solcher Versuch mißglückt. Der Herr Staatsanwalt hatte im vorwärtigen Falle den Strafantragsteller geschrieben, sie möchten ihren Strafantrag nicht auf das in Frage kommende Flugblatt, sondern nur auf einen Brief erstrecken, da sonst die Klage vor das Schwurgericht komme und ein Schwurgericht nie zu einer Verurteilung gelangen werde. Dank des geschickten Eingreifens des Verteidigers wurde dieser Plan aber vorberhand vereitelt. Die Bayern sollen sich dieses beste ihrer Revertrechte ja zu wahren suchen.

Londoner Zeitungswejen. In der englischen Metropole erscheinen gegenwärtig 39 Tagesblätter, hiervon 26 am Morgen und 13 abends. „Daily Mail“ hat mit 900 000 Exemplaren die größte Auflage, dann folgt „Daily Express“ mit 600 000. Die von dem Friedensapostel William Stead seit Anfang dieses Jahres herausgegebene Tageszeitung „The Daily Paper“ ist das erste Blatt, welches ins Haus zugestellt wird und das zwar durch 2000 uniformierte Botenmädchen. Sonst ist nur das System der Halbpennylätter gebräuchlich.

Die vergangene parlamentarische Woche wurde im Reichstage von Kriegsgloden eingeleitet. In Südwestafrika haben sich die Hereros „ohne sichtbaren Anlaß“ gegen das deutsche Regiment aufgelegt, Farmen verwüsten und was eben sonst zu den Begriffen des kolonialen Kleinkrieges gehört verübt. Das Deutsche Reich wird wie jeder andre Staat so etwas noch öfter in seinen Kolonien erleben, es kann sich also nur um die Frage einer vorübergehenden Verwaltungsstärke handeln — die deutsche dort unten scheint ja nicht einwandfrei zu sein — für den Augenblick aber gibt es nur den Ausweg kriegerischer Maßnahmen; die Kostenbewilligung der Entsendung von Marineinfanterie mit dem nötigen Zubehör ist deshalb die von der Regierung gestellte Forderung. — Dann kam die Interpellation der Konservativen wegen der Nichtkündigung der Handelsverträge am 31. Dezember zur Behandlung, die Woche setzte also durchaus kriegerisch ein. Alexander Graf von Kanitz auf Pöbangan, dessen Antrag auf Monopolisierung des Getreidehandels in diesem Jahre sechsjähriges Jubiläum begehen könnte, begründete mit den den Agrariern eigentümlichen gewagten Mitteln die Interpellation. Es waren die alten Träden: die Regierung fördere durch ihr Vorgehen in die Sozialdemokratie, die Getreidepreise deckten jetzt nicht mehr die Produktionskosten, das Caprivische System wäre an allem schuld usw. Neu war die Beurteilung der Ostmarkenpolitik der Regierung und vielleicht auch die Behauptung, der Rückgang der Landwirtschaft spiegele sich in geradezu er-

schröcker Weise in den Rekrutierungszahlen wieder. Staatssekretär Rosadovskij meinte in seiner Erwiderung, die Herren Agrarier hätten wohl nur das Bedürfnis gefühlt, sich wieder einmal reden — besser wäre schon gesagt: schreien — zu hören; eine Genossenschaft, die bekanntlich auch außerhalb des Ballotbaues ihre Anhänger hat. Im übrigen war aus den Ausführungen des Ministers nur zu entnehmen, daß sich die Regierung mit der Besicherung der unruhigen Dezembernacht von 1902 in ärgster Verlegenheit befindet. Die nachfolgenden Redner von sozialdemokratischer und freisinniger Seite hieben dann auch in diese Kerbe und brachten mit mehr oder weniger Schärfe die allgemeine Ansicht zum Ausdruck, daß mit solchen Sätzen, wie sie in dem unglückseligen neuen Zolltarif festgelegt, überhaupt keine neuen Handelsverträge abgeschlossen werden könnten. Ein konservativer Redner leistete sich noch die gottvolle Selbstironie, zu jagen: er erkenne an, daß die Regierung überhaupt eine Antwort erteilt und nicht das Haus verlassen habe. — Der folgende Tag war ein Tag der Erniedrigung Deutschlands. Es stand die Interpellation Auer und Genossen über das Verhalten russischer Polizeagenten auf deutschem Gebiete zur Beratung. Was in dieser Beziehung an Vorgängen der letzten Zeit von den Abgeordneten Haase und Bebel geschilbert und mit kräftigen Worten der Entrüstung verurteilt wurde, übersteigt das Maß dessen, was an solchen blamablen Vorgängen bis jetzt schon bekannt war. Aber zur Ehre der deutschen Volksvertretung muß es gesagt werden: auch die nachfolgenden Redner von den beiden freisinnigen Parteien und vom Zentrum wandten sich einmütig gegen das einfach demütigende Verhalten der deutschen Regierung vor der russischen Krone. Nur der Sprecher der Konservativen wagte für die Regierung ein Vertrauensvotum, der Führer der Nationalliberalen wußte indes wieder einmal nicht, woher die Gloden erflangen. In Nr. 9 teilten wir unter Rundschau die Hauptfassung zweier in den angeblichen oßpreußischen Geheimbunds- und Jarenbeleidigungsprozeß hineingezogener sozialdemokratischer Parteimitglieder mit; nun auch diese schwebende Angelegenheit kam zur Sprache und einfach verurteilt waren die hierbei zutage kommenden Einzelheiten. Aber auch im übrigen war es ein umfangreiches und vielfaches Anlagematerial, welches an die Adresse der Reichsregierung gerichtet wurde. Daß der russische Staat in jedem Lande eine wohlorganisierte eigne Polizei unterhält, ist ja bekannt, daß jedoch in Deutschland vor dem Einflusse dieser unsichtbaren Gewalt sich Briefe öffnen und verschlossene Wohnungen aufstun, um namentlich der russischen studierenden Jugend nachzuspüren, war jedenfalls neu. Es ist ja auch in verschiedenen Fällen vorgekommen, daß die von Deutschland aus freien Stücken ausgelieferten Personen von den russischen Behörden unbehelligt blieben — weil nichts gegen sie vorliege. Die deutsche Polizei hat sich also gar nicht als die russische erwiesen. Vor aller Welt wurde festgenagelt, daß die Gefälligkeiten Deutschlands gegen Rußland von einziger Art seien, daß von einem Unrecht, von der einst so befangenen deutschen Aufstrempelung im Lande von Schiller und Goethe, von Kant und Fichte nicht mehr geredet werden könne. Niederschmetternd war auch die Feststellung, daß in der schmachtvollen Zeit nach den Karlsbader Beschlüssen Preußen solche Anfinnen von Rußland strikte zurückgewiesen habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen hatte eine bemitleidenswerte Position. Einmal schon er alles auf die — immer mehr verätschende — Anarchistenbewegung und erklärte deshalb, der Regierung erscheine eine Befestigung des bestehenden Zustandes nicht angezeigt, dann jammerte er über die begreiflicherweise unbequemen Ausländer, erklärte das meiste für preussische Angelegenheiten und meinte mit einer für uns Deutsche einfach beschämenden Resignation, wo anders als an die russische Grenze sollen denn die ausgewiesenen Angehörigen des Jarenreiches hingeschafft werden! Der Staatssekretär Nichtshofen glaubte nicht schließen zu können ohne die recht ungläubhafte Versicherung, daß es sich in Preußen immer noch am besten lebe. Der arme vielgelesene Mann, er kennt nicht das Sprichwort aus grauem Altertume: Ubi bene ibi patria. Das Fazit der Interpellation ist also das wenig tröstliche: die „freundnachbarlichen“ Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland erleiden keine Trübung! — Am Mittwoch und Donnerstag war der Gesekentwurf über die Kaufmannsgerichte auf der Tagesordnung, der nach dieser ersten Beratung an eine Kommission von 21 Abgeordneten verwiesen wurde. Dieser zweite Entwurf ist ja schon in den Versammlungen der Handlungsgesellschaften als eine auf die beteiligten Unternehmerfreie zurückzuführen Beschledterung gegen den ersten Entwurf bewertet worden. Im Prinzip waren außer den dabei engagierten Nationalliberalen alle Parteien für die Vorlage und namentlich für die Angliederung an die Gewerbegerichte. Strittige Punkte bilden das Obligatorium erst für Städte von 50 000 Einwohnern an, die Berechtigung von kaufmännischen Korporationen zur Ernennung von Mitgliedern dieser Gerichte anstatt der unmittelbaren Wahlen, die Festsetzung des aktiven Wahlrechtes auf das 25. Lebensjahr, die Ausschließung der weiblichen Angestellten vom Wahlrechte, wogegen fast allgemein Protest erhoben wurde, die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für die Konkurrenzklause, bekanntlich eine wahre Geißel für die Handlungsgesellschaften sowie die Frage der Vorbringen dieser neuen Gerichte. Bemerkenswert war die Erklärung Rosadovskij, daß der Bundesrat unter keinen Umständen die Gewährung des Wahlrechtes

Fortssetzung aus dem Hauptblatte.

an die Frauen akzeptieren würde und das zwar in Konsequenz der Zusammenfassung der anderen gerichtlichen Organe; hieran könnte die ganze Sache scheitern. — Im letzten Tage — die parlamentarische Woche endet zumeist mit dem Freitag — gab es die Verhandlungen über ein neues Servisgesetz, nach unserer Begriffe: eine anderweitige Regelung der Lokalzuschläge. Es wurde beflagt, daß nicht eine Scheidung von Servis- und Wohnungsgeldzuschuß vorgenommen und nur 40 Orte in eine höhere Klasse versetzt werden sollten, wo doch die Notwendigkeit für etwa 140 Orte bestesse. Die Höhe dieser Lokalzuschläge übersteigt natürlich unsere Begriffe, wie es uns auch nicht einleuchten will, warum auch hier der Offiziersstand eine Extrawurft bekommen soll. Dann kam die Verlängerung der Friedenspräsenzstärke (Quinquinat) auf ein Jahr an die Reihe. Bekanntlich nimmt die Reichsregierung nur Rücksicht auf die schlechte Finanzlage Deutschlands, wenn sie nicht schon heute mit umfangreichen Mehrforderungen für das Landher kommt; es gibt aber Leute — wie die Nationaliberalen — die diese „Rücksichtnahme“ noch glauben beauern zu müssen. Daß im nächsten Jahre eine neue Militärvorlage erscheint, wird offiziell zugegeben, nach dem Kriegsminister soll sie jedoch keine bedeutenden Mehrforderungen bringen. Aber man kennt das! Und nur zu wünschen bliebe es, wenn das Zentrum seiner jetzigen Erklärung, keine irgendwie ins Gewicht fallende Erhöhung der Präsenzstärke zu bewilligen, im nächsten Jahre die Tat folgen lassen würde; Michels Langmut findet allerdings erst an der Leere des Beutels seine Erfrischung. Beide Vorlagen wanderten an die Budgetkommission.

Im bayerischen Landtage gab es Mitte Januar eine Reihe sozialpolitischer Debatten, bei welcher Gelegenheit der Abgeordnete Segitz (Soz.) den Minister ersuchte, durch die Fabrikinspektoren den Tarifbewegungen der Gewerkschaften mögliche Unterstützung zu teil werden zu lassen. Segitz sagte in diesem Bezuge: „Die Tarifvereinbarungen sind keine Lösung der Lohnfrage. Es wird unmöglich sein für Gewerkschaften wie für Unternehmerorganisationen, diese heute zu lösen; aber immerhin bilden die Tarifvereinbarungen für kürzere oder längere Zeit einen Gottesfrieden. Von diesem Standpunkte aus verzieht diese Bewegung die Unterstützung aller Sozialpolitiker, insbesondere aller staatlichen Institutionen.“ Ganz unser Standpunkt.

Als eine Folge des Criminellhauer Kampfes kam eine von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eingebrachte Resolution angesehen werden, welche die Reichsregierung auffordert, sofort einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach die tägliche Arbeitszeit in Fabriken vom 1. Juli d. J. ab nicht mehr als zehn Stunden betragen soll. Das Zentrum hat seine zum Schluß der vorigen Legislaturperiode eingebrachte Resolution auch wiederholt, man darf daher auf dessen Stellungnahme zu dieser Resolution gespannt sein. Ueber die Notwendigkeit des gesetzlichen Bestimmungstages ist natürlich kein Wort mehr zu verlieren, daß aber die Resolution in diesem Wortlaute bezw. mit diesen Fristen Annahme finden könnte, ist ausgeschlossen.

Der schweizerische Bundesrat hat auf eine Eingabe der Malerorganisation hin ein versuchsweises Verbot der Verwendung von Bleiweiß beschloffen. Bei den in eigener Regie ausgeführten Malerarbeiten sollen auf die Dauer von vier Jahren nur Bleifreie Farben zur Verwendung kommen, auch soll bei staatlichen Ausschreibungen diese Bedingung zur Pflicht gemacht werden. Bis zur Mitte des Jahres 1907 sollen dann alle in dieser Beziehung gemachten Wahrnehmungen an das Industrie-departement berichtet werden.

Das preussische Kammergericht hat betreffs der Einreichung von Mitgliederlisten abermals entschieden, daß die Polizei kein Recht habe, ein neues, vollständiges Register der Mitglieder eines Vereins zu verlangen, wenn derselbe seiner Unmeldepflicht nachgekommen sei. Nur in den Fällen, wo ein Mitgliederverzeichnis verloren gegangen oder unbrauchbar geworden oder der Polizei unter diesen Umständen eine Auskunftserteilung verweigert worden sei, kann die Polizei ein neues vollständiges Verzeichnis einfordern.

Vom „Rechte“ des deutschen Gesindes. Das Schöffengericht in Zabrze (Oberschlesien) sprach einen Eisenbahnbeamten, der einen bei ihm bediensteten Knecht am Hals gewürgt und dann mit einem Krückstocke durchgeprügelt hatte, kostenlos frei. Begründet wurde das Urteil damit, daß in der Anwendung des Krückstockes im vorliegenden Falle eine Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges nicht zu sehen sei, daß eine einfache Körperverletzung allerdings vorliege, aber straffrei bleiben müsse, weil der angeklagte Dienstherr durch die vorhergegangene Weigerung des Mißhandelten, einen Befehl auszuführen, beleidigt worden sei und deshalb ein Recht hatte, sich Gernugung zu verschaffen!

Wegen beleidigender Kennzeichnung von Arbeitswilligen standen kürzlich vor dem Gerichte in Jserlohn der Arbeitersekretär Limberg, der Buchdruckerbesitzer Beutler und der Redakteur Kretschmer vom „Jserlohner Generalanzeiger“. Letzterer hatte sich zu verantworten wegen eines Berichtes über drei Versammlungen der Ausgesperrten, in welchem Ausführungen von Nebenern über die technische und moralische Qualifikation der Arbeitswilligen wiedergegeben waren und wurde freigesprochen, da das Gericht annahm, daß tatsächlich moralisch vertommene Elemente während der Aussperrung in Jserlohn gearbeitet haben. Der Druckereibesitzer Beutler mußte sich wegen des Druckes eines Flugblattes verantworten, in welchem Beleidigungen gegen die Arbeitswilligen enthalten waren. Urteil: drei Tage Gefängnis. Auf Limberg hatte sich hingegen aller Zorn entladen; er sollte der Macher der Aussperrung und an allem schuld sein, was damit zusammenhing. Der strafversetzte Staatsanwalt Gumbdornerte nicht schlecht gegen Limberg. Auf das Treiben des letztern passe der Spruch: Willst du nicht mein Bruder sein, so überichte ich dich mit Schimpfereien; Willow macht also mit seinem Pitte Schule. Limberg habe ein gemeingefährliches Stück von sozialdemokratischem Terrorismus verübt, der Herr Staatsanwalt leistete sich sogar die starke Behauptung: „Die Sozialdemokraten sind alle zu Meinenen fähig.“ Es kam zu scharfen Kontroversen, aber schließlich doch zur Erkennung einer Zuchthausstrafe von einem Monate für Limberg. Die Jserlohner Aussperrung hat damit hoffentlich ihren letzten gerichtlichen Ausklang gehabt.

Eine böse Terrorismissaffäre, von der nur zu wünschen, daß sie mit der sonst gewohnten Eifertigkeit in alle Welt hinausgeht, fand vor dem Schwurgerichte in Dortmund ihren gerichtlichen Abschluß. Ein im Zentralverbande organisierter Zimmerer versuchte wiederholt, einen Arbeitsgenossen zum Beitritte in die Organisation zu bewegen. Der also umworbene indifferente Mitarbeiter war indes nicht zu bekehren, ein Hauptmoment seiner Weigerung war die Erklärung, es seien zu viel Sozialdemokraten in dem Verbands. Anfangs September v. J. hatten die beiden nochmals eine Auseinandersetzung über diese Frage, wobei es zu einem Wortwechsel kam. Etwa drei Wochen darauf entsann sich nach reichlichem Alkoholgenuß der Nichtorganisierte dieses Wortwechsels, er folgte sich zu seinem Widerpart unter der Drohung, mit ihm abzurechnen. Der andre mochte nichts Gutes ahnen und entfernte sich, der Nichtorganisierte setzte ihm aber nach und stieß ihm wiederholt mit einem großen Messer in die Brust, so daß der schwer Verletzte mehrere Wochen in Lebensgefahr schwebte. Jetzt wurde nun der Messerheld und Organisationsfeind zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Straßenbahner in Prag haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit eingestellt.

Briefkasten.

D. S. in Nürnberg: Leider nicht zu verwenden. Die Handlung ist doch zu dirftig und zum Teile — was doch der Fall sein sollte — ganz und gar nicht dem Leben entnommen, von inneren Widersprüchen gar nicht zu reden. — E. St. in Breslau: Sie müssen bei der Post abonnieren oder sich mit dem Gewandvorstande verständigen. Die Zufendung durch Streifenband käme Ihnen ja zu teuer. — F. F. in N.: Kollege Gustav Metzger, Leipzig, Blumengasse 11, ist Obmann der Sängervereinigung. — G. M. in Klagenfurt: 4 Mk. — E. B. in Duatenbrütt: Außer Bayern, ja. — D. S. in Siegen: Nach der neuen Krankentafelmobelle steht nur dem Vorsitzenden des Vorstandes die Befugnis zu, ihm nicht im Interesse der Kasse liegend erscheinende Beschlüsse der Generalversammlung wie des Vorstandes mit aufhebender Wirkung bei der Aufsichtsbehörde zu beanstanden. Es liegt also in Ihrem Falle ein Formfehler vor, die Aufsichtsbehörde hat event. das weitere zu veranlassen.

Verichtigung. Bei der Adresse des Arbeitsnachweisverwalters in Hagen (s. die Bekanntmachung des Tarif-Antes in Nr. 8 des „Corr.“) muß es anstatt Sten-bergstraße Rembergstraße 27, heißen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Die in Nr. 148 des „Corr.“ veröffentlichte Warnung vor Konditionsannahme bei der Firma Gebr. Fönnies in Düsseldorf wird hiermit aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind.

Der Vorstandsvorstand.

Baden-Baden. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Emil Lichtenberg, erster Vorsitzender; Otto Rühl, zweiter Vorsitzender; Andreas Altenhöfer, Kassierer; Bruno

Lang, Schriftführer; Otto Frohese, Bibliothekar; Karl Seiß und Friedrich Teufel, Beisizer.

Brieg. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Kjaß, Mühlinsel 8, Vorsitzender; Klockau, Kassierer; La Dous, Schriftführer; Schulz und Turczynski, Revisoren; Gausch und Malof, Krankenbeisizer; Gausch, Bibliothekar.

Danauwörth. Der Vorstand für 1904 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Max Reindl, Bahnhofstraße 106, Vertrauensmann; Jos. Rudo Loh, Ringelplatz 118, Kassierer und Reisekasseverwalter; Friedrich Mayer, Schriftführer; Albert Reger und Jos. Bösslath, Revisoren.

Freiberg i. S. Für das laufende Jahr setzt sich der Vorstand des hiesigen Ortsvereins aus folgenden Kollegen zusammen: Oskar Doppel, Frauensteiner Straße 31, Vorsitzender; Otto Kohnschmidt, stellvertretender Vorsitzender; Oswald Köpfer, Chemnitzer Straße 274, Kassierer; Rich. Tanneberger, Schriftführer; Bernhard Kunze, Bibliothekar; Anton Keller und Eugen Schilling, Revisoren.

Hagen. Der Ortsvorstand setzt sich für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen zusammen: Louis Lorenz, Vorsitzender; August Steinmann, Kassierer; Wilhelm Dieß, Schriftführer; Hans Hogner, Beisizer; Fritz Timm, Bibliothekar; Schaberg, Thomee, Bonters, Revisoren.

Seidelsberg. (Buchdruckmaschinenmeister-Klub.) Karl Nausch, Ingrimstraße 9, Vorsitzender; Mart. Ehmann, Druckerei von Hörning und Verbenbusch, Kassierer; Willi Wettermann, Schriftführer; Hermann Schmitt, Bibliothekar.

W.-Gladbach. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Fritz Kallmeyer, Volksgartenstraße 19, Vorsitzender; Jean Bierwisch, stellvertretender Vorsitzender; Johann Dieffen, Winberg, Bierenerstraße 34, Kassierer; Alfred Paulsen, Schriftführer; R. Kamphaus, Beisizer.

Börsch i. Thür. Die Buchdruckerei von C. W. Vogel hier selbst ist für Verbandsmitglieder geschlossen. Ganz besonders werden die Stereotypen hierauf aufmerksam gemacht.

Nadeck-Börschenbroda. Otto Haase, Sertowitz, Wajafstraße 22, I, erster Vorsitzender; Herm. Meuschke, zweiter Vorsitzender.

Stetrad. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: R. Pöhl, Marktstraße 45, Vorsitzender; Fr. Gumbel, Kassierer; B. Mehlkopf, Schriftführer; W. Eisele und Fr. Haefels, Revisoren.

Zibingen. Da der jetzige Vertrauensmann Eisele und Schriftführer Steeger eine Wiederwahl ablehnten, setzt sich der Vorstand für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen zusammen: Friedrich Lösch, erster Vorsitzender; Frdr. Hipp, stellvertretender Vorsitzender; Chr. Kocher, Vertrauensmann; Wilh. Hoff, Schriftführer; Hermann Hengstler, Bibliothekar; Adam Hartmann und Emil Brobeck, Revisoren.

Wanne. Der Vorstand des Ortsvereins für das laufende Jahr setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: H. Steinwand, Gelsenkirchenerstraße 12a, Vorsitzender; F. Haas, Kassierer; J. Umberg, Schriftführer; Petermann und Ertl, Revisoren.

Witten (Nhr). Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr wie folgt zusammen: Karl Klotz, Kirchhofstraße 82, I, Vorsitzender; Heinrich Feist, Nöhrenstraße 44a, Kassierer; Eduard Denzig, Schriftführer; Aug. Stockfisch, Bibliothekar; Otto Stratenhoff, Beisizer.

Wittenberg. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Otto Schulze, Eichstraße, erster Vorsitzender; Otto Günther, zweiter Vorsitzender; Friedrich Gellert, Bachstraße 1, part., Kassierer; S. Zimmermann, Schriftführer; E. Nieke, Bibliothekar. Als Reisekasseverwalter wurde P. Henjel wiedergewählt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Nachen die Seher 1. Heinrich Backus, geb. in Nphoven 6. Heinsberg 1884, ausgl. in Heinsberg 1902; 2. Wilh. Sonden, geb. in Nachen 1882, ausgl. da. 1899; 3. Adam Vossen, geb. in Nachen 1883, ausgl. da. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Düren der Seher Hermann Walter Engsfeld, geb. in Güdewagen 1877, ausgl. in Halber i. W. 1894; war schon Mitglied. — In Eschweiler der Seher Werner Emunds, geb. in Werth 6. Schwelmer 1882, ausgl. in Eschweiler 1900; war noch nicht Mitglied. — Andreas Wilms in Nachen, Adalbertstraße 55.

In Blankeneffe der Seher Max Dammasch, geb. in Hamburg 1884, ausgl. in Jossen 1903; war noch nicht Mitglied. — In Glückstadt der Seher Klaus

Bälbe, geb. in Osterheer 1864, ausgel. in Kortorf 1882; war schon Mitglied. — F. Chr. Heismann in Henssburg, Angelburgerstraße 44.

In Bramsche der Seher Oswald Dertelt, geb. in Berlin 1883, ausgel. in Blankenburg i. Thür. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Papenburg der Drucker Karl Hellerich, geb. in Kirdehlamitz 1876, ausgel. in Fürtch i. B. 1894; war schon Mitglied. — O. Pietzner in Dsnabridt, Marienstraße 6, I.

In Dortmund die Seher 1. Heinrich Schröder, geb. in Herloh 1879, ausgel. das; war schon Mitglied; 2. Albert Wemper, geb. in Dortmund 1882, ausgel. das. 1.00; 3. August Thimm, geb. in Dortmund 1883, ausgel. das. 1901; 4. Martin Peiß, geb. in Bochum 1883, ausgel. in Dortmund 1901; 5. M. Lisemann, geb. in Warendorf 1881, ausgel. das. 1898; waren noch nicht Mitglieder. — Heinrich Weder in Dortmund, Kielstraße 5, I.

In Düsseldorf 1. der Maschinenseher B. Stoffels, geb. in Düsseldorf 1881, ausgel. das. 1899; 2. der Stereotypseher Heinr. Reichert, geb. in Bochum 1870, ausgel. in Düsseldorf 1883; die Seher 3. Hermann Kapp, geb. in Annen b. Hörde 1885, ausgel. in Düsseldorf 1903; 4. August Reismann, geb. in Düsseldorf 1885, ausgel. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder; 5. Emil Gaake, geb. in Dortmund 1875, ausgel. in Herne 1894; 6. Wilh. König, geb. in Düsseldorf 1885, ausgel. das. 1903; 7. Theod. Labß, geb. in Fischeln b. Krefeld 1857, ausgelernt in Düsseldorf 1875; waren schon Mitglieder; 8. der Drucker Jakob Weissenberg, geb. in Düsseldorf 1874, ausgel. das. 1893. — Chr. Blum, Mittelmeierstraße 15, I.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Karl Wischard, geb. in Adern (Baden) 1884, ausgel. 1901; war schon Mitglied; 2. Leonhard Tellenbröder, geb. in Hebernheim 1884, ausgel. 1901; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Kintel, Habelstraße 78, II.

In Groß-Schrehlitz der Seher Karl Thomas, geb.

in Käufig b. Küntrin 1884, ausgel. in Ratibor 1903; war noch nicht Mitglied. — In Brieg der Seher Jos. Berg, geb. in Klobnitz (Kr. Kofel, Ober-Schl.) 1879, ausgel. in Kofel (Ob.-Schl.) 1898; war noch nicht Mitglied. — In Leobschütz der Seher Johann Kofa, geb. in Bauernwitz 1883, ausgel. in Ratibor 1902; war noch nicht Mitglied. — In Strahlen der Seher Paul Schulz, geb. in Neuthein (Ob.-Schl.) 1876, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — Emil Pfandt in Meisse, Breslauerstr. 5/6.

In Hagen i. W. der Seher Wilhelm Fischer, geb. in Frey 1883, ausgel. in Hagen 1901; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz, Fieyerveg 1c.

In Hamburg die Seher 1. Fritz Schwinzberger, geb. in Baumgaard (Nordschleswig) 1881, ausgel. in Habersleben 1900; 2. Wilhelm Wolter, geb. in Hamburg 1884, ausgel. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder; 3. Chr. Herm. Sturz, geb. in Mühlhaujen i. Th. 1856, ausgel. in Göttingen 1874; war schon Mitglied. — A. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

In Heidelberg die Seher 1. Johann Händl, geb. in Ingolstadt 1886, ausgel. das. 1903; 2. Joh. Spreng, geb. in Schriesheim (Baden) 1884, ausgel. in Heidelberg 1902; waren noch nicht Mitglieder. — R. Schneider, Leyergasse 2.

In Kirchberg der Schweizerbege Robert Belke, geb. in Neustadt (Obereschlesien) 1886, ausgel. das. 1904. — In Warmbrunn der Seher Arthur Matthias, geb. in Lüben 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — Otto Seiffert in Kirchberg i. Schl., Hellerstraße 24, II.

In Pottowitz der Seher Alois Rudzki, geb. in Pottowitz 1883, ausgel. in Zabrze 1902; war schon Mitglied. — In Gleiwitz der Drucker Johann Buchta, geb. in Mofra (Böh.) 1880, ausgel. in Nicolai 1900; war schon Mitglied. — Fz. Fabrian in Beuthen (O.-S.), Wisnarsstraße 1.

In Bacha (Böh.) der Seher Otto Hempe, geb. in Terebnitz (Schlesien) 1877, ausgel. das. 1896; war noch

nicht Mitglied. — Otto Wölschach in Gofha, Seebachstraße 30.

In Werder a. S. die Seher 1. Wilhelm Ruhnig, geb. in Werder 1885, ausgel. das. 1903; 2. Hermann Klümel, geb. in Potsdam 1881, ausgel. in Werder 1899; waren noch nicht Mitglieder. — In Neubabelsberg der Seher Minne Zwolle, geb. in Lemmerland (Holland) 1881, ausgel. in Holland 1898; war schon Mitglied des Allg. Ned. Typ.-Bundes. — Otto Sendke in Brandenburg a. S., M. Gartenstraße 1.

In Wiesbaden der Seher Wilhelm Malby, geb. in Wiesbaden 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — Julius Braun, Zahnstraße 19.

In Wien der Seher Ernst Richard Fern, geb. in Oppach (Sachsen) 1885, ausgel. in Neulizza 1903; war noch nicht Mitglied. — R. Wieß in Wien VII/1, Seiden-gasse 17.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Sonauwörth. Das Viatikum für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte wird von dem Reisekassierverwalter Jos. Rudoiph, Ringelplatz 118, mittags von 1/2 bis 1 Uhr ausbezahlt.

Guden. Beim hiesigen Verwalter liegen für den Seher Kurt Liebig ein Brief und ein Telegramm. Der Briefumschlag trägt die Firma: „Minna Liebig, Obergittersee.“

Nadeben-Köglchenbroda. Das Viatikum an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte (50 Pf.) wird von jetzt ab nur in Nadeben (Nadebenler Tageblatt) ausbezahlt.

Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker.

Die diesjährige Delegiertenversammlung findet am 2. April im Saale des Rathauses in Straßburg statt. Anträge hierzu sowie Jahresberichte sind bis zum 15. Februar an den Verbandsvorstand einzufenden.

Deutsche Buchdrucker und Schriftgießer!

Nachdem alle Vermittlungsversuche des Tarif-Amtes sowie der Zentrale der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der der Gesellschenschaft mit den Leipziger Schriftgießereibesitzern erfolglos geblieben sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, diejenigen Leipziger Schriftgießereifirmen bekannt zu geben, welche ein Eingehen auf die Arbeitsbedingungen, die von allen Gießereifirmen Deutschlands als recht und billig anerkannt sind, abgelehnt haben; es sind dies die Firmen:

Böttger, Klinkhardt, Numrich, Hübl, Scheller & Gieseler.

Wir rechnen in unserm Kampfe auf die Solidarität aller Verbandskollegen, namentlich aber derjenigen, welche auf den Ankauf von Schriftgießereierzeugnissen einen Einfluß auszuüben in der Lage sind.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Frankfurt a. Main.

Dienstag den 26. Januar, präzis 9 Uhr abends, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses (Eingang Stolzestraße) eine

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Vorschläge zu den Gewerkschaftswahlen; 3. Anträge zum Gaitage; 4. Ausschluß von Mitgliedern; 5. Beschlüsse.

Zu dieser sehr wichtigen Versammlung erwartet eine zahlreiche Beteiligung

Der Vorstand.

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen! Unterrichtsbriele für Buchdrucker.

Soeben erschienen: Serie B: Druckerbrief 16, Akzidenzdruck.

Zu beziehen durch Richard Härtel in Leipzig-R., Kohlgrabenstrasse 48. [515]

Eilt!

[522]

Zum Verkauf von Zigarren an Wirte usw. wird ein tücht. Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Meek & Co., Hamburg.

Maschinenmeister.

Sich Suche zu sofortigem Eintritte bei tariflichen Bedingungen einen tücht. Maschinenmeister, nicht unter 23 Jahren, zum Zwecke besserer Aufsichten und Papierwaren auf Fäbriksmaschinen. Gehaltsansprüche und Zeugnisse erwünscht. Stelle bei guten Leistungen dauernd. [519]

Otto Gschmann, Saugau (Württemberg).
Zu baldigen (ev. sofort.) Antritte suchen wir einen arbeitsfertigen, in jeder Beziehung zuverlässigen und soliden

Maschinenmeister

als ersten. Derselbe muß im Aufsicht, Autotypie, Punkt- u. Werkdrucke wirklich Gutes leisten und auch gute Charaktereigenschaften besitzen. Bestenfalls werden gebeten, ihr Alter anzugeben und Zeugnisse in Abschrift unter Beifügung einiger selbstgefertigter Druckmuster, welche letztere im nichtpassenden Falle zurückgeliefert werden, uns zugehen zu lassen. **Druckerei der Vorzeitung** Hildburghausen.

Galvanoplastiker

perfekt im Nichten und Abdecken, gesucht. Werte Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe des Antrittes erbeten. [523]

A. Albrich, Dresden, Falkenstraße 10.

Tüchtige Stempelschneider

und Zeugenschneider werden bei hohem Lohne in dauernde Stellung gesucht.

H. Georghi, Dissenbach a. M. [510]

Tüchtiger Zeugschneider

auch perf. im Messingdruck, sucht noch Hausarbeit. Werte Offerten unter A. B. 508 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Schriftseher

in allen vorkommenden Sakarten durchaus tüchtig, sucht dauernde Stelle. Werte Off. unter „Schriftseher“, Bacha a. W., Zwickelgasse 90, erbeten. [524]

In jeder Weise tüchtiger

Linotype-Seher

mit längerer Praxis sucht zum 1. Februar anderweit dauernde Kondition. Werte Off. unter N. O. 516 an die Geschäftsst. d. W. erb.

Junger, tüchtiger

Maschinenmeister

im Akzidenz-, Werk-, Platten- u. Illustrationsdrucke erfahren, sucht sofort hier oder auswärt. Stellung. Werte Offerten unter L. E. 5671 an Rudolf Mosse, Leipzig, erbeten. [517]

Berlin. Elegante Herrenmoden

nach Maß. Erik Wodrich, Solmsstr. 1. Garantie für tadellosen Sitz. — Solide Preise.

Deutscher Buchdrucker-Kalender

für 1904

von Ludwig Rexhäuser.

Preis 1 Mk.

Verlag von Radelli & Hille, Leipzig

Salomonstrasse 8.

Leipziger Maschinensetzerklub.

Vereinsslokal: Johannistal, Hospitalstrasse.

Sonntag den 31. Januar, vorm. 1/2 II Uhr:

Monatsversammlung. [520]

Um pünktliches Erscheinen bittet D. U.

Graphische Verlags-Anstalt

Paul Goldschmidt, Halle a. Saale.

Fünfarbige seidene Buchdrucker-Bierzettel (als Hängekette [Chatelaines] an der Uhrkette zu tragen oder als Schmuck an der Uhrkette zu befestigen), mit echtem Gold- und Silberbeslag, Wappenbeslag in Nickel . . . 3,50 Mk. Dergleichen, mit Beschlag in echt Silber . . . 6,00 Mk. Fünfarb. Weinzipfel, Nickelbeslag 2,50 Mk. Dergleichen, mit Silberbeslag . . . 4,50 Mk.

Bei vorheriger Einsendung des Betrages 20 Pf. Porto. Nachnahme 80 Pf. extra. Man verlange gratis u. franko den Graphischen Anzeiger.

Essen-Ruhr.

Sonntabend den 30. Jan., 1/2 II Uhr

abends, im Vereinslokal (Löhne). [525]

Generalversammlung.

Tagesordnung per Zirkular. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Am 16. Januar verschied nach längerem

Krankenlager unser lieber Kollege, der

Schriftgießer

Jean Feih

im Alter von 48 Jahren.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Frankfurt a. M., 20. Januar 1904.

Die Kollegen der Schriftgießerei

Ludwig & Mayer. [518]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaber: Klara verw. Härtel)

Kohlgrabenstrasse 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Die Technik der bunten Akzidenz. Von Otto

Früger. 2. neu bearbeitete Aufl. 3,50 Mk.

Wörterbuch der Buchdrucker und Schriftgießer.

Etwas 1700 fachsamerw. u. fachgesellschaftliche

Görter und Redensarten, sprachlich und

sachlich kurz erläutert von S. Zimmich, 1,20 Mk.

Stirchner, J., Univ.-Konversations-Lexikon.

Neue Ausgabe. Geb. 5 Mk.

Wischen und Wirlungen. Praktische Winke für

Buchdruckerbesitzer und deren technische

Beante von C. Hirt. 1,50 Mk.

Deutsches Buchdrucker-Vocabular. Ausgewählte

Wörter über die Buchdruckerkunst und ihre

Angewandten von 76 Berufsgenossen nebst

einem allgemeinen Teile. Dritte Aufl. 1 Mk.

Krauß, Gutenberg. Festpreis. 50 Pf.